

AMNESTY INTERNATIONAL

ÖFFENTLICHE STELLUNGNAHME

AI Index: AMR 36/001/2012

16. März 2012

Haiti: Amnesty International ruft die Regierung dazu auf sicherzustellen, dass mutmaßliche Verbrechen, die während der Herrschaft Jean-Claude Duvaliers begangen wurden untersucht werden und dass die Verantwortlichen, internationalen Standards entsprechend, der Gerechtigkeit überführt werden.

Menschenrechtsrat nimmt die Ergebnisse des Universal Periodic Review zu Haiti an

Amnesty International erkennt die Herausforderungen an, denen sich Haiti gegenüber sieht, in der Folge des Erdbebens vom Januar 2010 Menschenrechte zu fördern und zu schützen und begrüßt Haitis Zusammenarbeit mit dem UPR und die Bemühungen, einen nationalen Bericht zu erstellen. Amnesty International begrüßt außerdem die Verabschiedung von Gesetzgebung mit Hinblick auf eine Ratifizierung des Internationalen Paktes über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte durch die Nationalversammlung und ruft Haiti dazu auf, mit der Unterstützung anderer Mitgliedsstaaten und der internationalen Gemeinschaft, die Bemühungen zu verstärken, die Rechte, die in diesem Pakt und in anderen internationalen und regionalen Menschenrechtsinstrumenten verankert sind und vom haitianischen Staat ratifiziert wurden, für die haitianische Bevölkerung Realität werden zu lassen.

Mehrere Staaten machten Empfehlungen an Haiti, das Justizsystem und die Rechtstaatlichkeit zu stärken. Amnesty International ist über die kürzliche juristische Entscheidung besorgt, die Anklage gegen Jean-Claude Duvalier wegen schwerer Menschenrechtsverletzungen, die unter seiner Regierung begangen wurden und von denen einige Verbrechen gegen die Menschlichkeit gleichkommen, fallen zu lassen. Diese Entscheidung trägt zur anhaltenden Straflosigkeit bei und ist ein deutlicher Rückschritt in Bezug auf die Stärkung der Rechtstaatlichkeit in Haiti.

Amnesty International ruft die Regierung dazu auf sicherzustellen, dass mutmaßliche Verbrechen, die unter der Herrschaft Jean-Claude Duvaliers begangen wurden, untersucht werden und die Verantwortlichen, internationalen Standards der Fairness entsprechend, vor Gericht gebracht werden.

Das Erdbeben vom Januar 2010 hat tausende von Familien obdachlos zurück gelassen. Obwohl die Anzahl der Menschen, die in behelfsmäßigen Camps leben nun unter einer halben Million liegt, wird das Problem des Rechts auf Wohnraum im Zuge des Wiederaufbaus kaum angegangen. Tausende Menschen wurden, ohne angemessene Sicherheitsmaßnahmen oder Konsultation, Opfer gewaltsamer Zwangsräumungen und Umsiedlungen von privaten und öffentlichen Plätzen, die sie seit dem Erdbeben bewohnten. Zwangsräumungen sollten ein letzter Ausweg sein und müssen in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards und unter Respekt der menschlichen Würde vollzogen werden.

Gewalt gegen Frauen und Mädchen bleibt ein schwerwiegendes Problem und Straflosigkeit in solchen Fällen hält an. Amnesty International ruft die Regierung auf, die Aufsetzung, Annahme und Implementierung neuer Gesetzgebung fortzusetzen, um Gewalt gegen Frauen und Mädchen zu bekämpfen und ihre Rechte zu schützen.